

PRESSEMITTEILUNG

**SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG**

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

SPD setzt sich für mehr Hygiene an Schulen ein

Die SPD möchte die Hygiene an Schulen erhöhen. „Das Thema „Hygiene an Schulen“ ist ein Dauerthema – in Zeiten der Corona-Pandemie gewinnt es aber noch einmal an Bedeutung“, so SPD-Stadträtin Anja Pröll-Kammerer. „Gerade das regelmäßige Händewaschen findet sich in allen Empfehlungen zur Reduzierung des Infektionsrisikos. Auf unseren Antrag hin hatte die Verwaltung zuletzt im Schulausschuss im Oktober über das Thema berichtet. Dabei wurde deutlich, dass die Situation in den Schulen unterschiedlich ist. Natürlich ist das Händewaschen in allen Toilettenanlagen möglich, allerdings haben zwar die meisten, aber nicht alle Unterrichtsräume Waschbecken und oftmals wird das Fehlen von Seife oder Trockentüchern beklagt. Auch häufigeres Reinigen wird im Bericht empfohlen, da der Nutzungsdruck insgesamt gestiegen ist“, berichtet Pröll-Kammerer.

„Die SPD-Fraktion sieht hier Handlungsbedarf und hat deshalb beantragt, die Einrichtung eines „Hygienetopfes“ für Schulen zu prüfen, aus dem die Schulen – analog zum Sondertopf für Toilettensanierungen – Gelder für individuelle Hygienemaßnahmen, wie z.B. Waschbecken in Unterrichtsräumen oder mehr Seifenspender beantragen können. Dies soll nach individuellem Bedarf der Schulen passieren. Außerdem greifen wir die Empfehlung aus dem Bericht auf und beantragen, die städtische Reinigungsordnung für Schulen angesichts der strengeren Infektionsvorschriften und der insgesamt gestiegenen Nutzung zu überarbeiten und damit häufigeres Reinigen zu ermöglichen“, so Pröll-Kammerer.

Ähnliche Forderungen wurden zuletzt auch vom Nürnberger Elternverband laut. Pröll-Kammerer betont, dass das Thema Hygiene an Schulen kein Thema allein der Stadt Nürnberg sei. Überall in Bayern sei mit Mehrausgaben in diesem Bereich zu rechnen. Die Finanzierung dieser Maßnahmen, die auch dem Infektionsschutz dienen, dürfe nicht allein an den Kommunen hängen bleiben, sondern müsse im Rahmen des Städtetags mit dem Freistaat geklärt werden.

Nürnberg, 15. Mai 2020